

Antrag: Grundstücke im „Unteren Schützenrain“ nicht veräußern

Die Bebauung des „Unteren Schützenrains“ hat sich als nicht sinnvoll herausgestellt: Die Zufahrt kann nur über die Goethestraße erfolgen und wird damit zu eng und zu steil, ungeeignet für Ältere und Gehbehinderte und zu gefährlich für kleine Kinder. Ein neues Stadtviertel ohne Kita ist aber sinnfrei. Dazu kommen die längst bekannten Probleme mit den geschützten Biotopen und der Entwässerung.

Finanzielle Auswirkungen:

Verzicht auf Grundstückserlöse von 3.750.000€
abzgl. Planungskosten für die Entwässerung und Erschließung (je 100.000€)

Um die Einnahmeausfälle zu kompensieren, kann die Streichung von Grundstückskäufen etwa im Gebiet „Hinter den Gärten“ und im „Gewerbegebiet Carl-Zeiss“ angesetzt werden.

Gudrun Sach

Antrag: Temporäres Modul für das Schulsekretariat an der Grundschule Warmbronn

Zur Sicherstellung des Schulbetriebs und des Gesundheitsschutzes wird ein temporäres Modul für das Schulsekretariat an der Grundschule Warmbronn aufgestellt.

Untersuchungen haben ergeben, dass eine gesundheitsbedrohende Schadstoffkonzentration in den Büroräumen der Grundschule Warmbronn herrscht. Lüftungsmaßnahmen sind insbesondere über die Wintermonate nicht ausreichend.

Das Modul kann später anderweitig verwendet werden.

Finanzielle Auswirkungen:

250.000€ Anschaffungskosten

Dr. Bernd Murschel

Antrag: Ausbau des öffentlichen Lade- und Schnellladesäulennetzes für E-Fahrzeuge in Leonberg und den Teilorten

Momentan konzentrieren sich die vorhandenen Ladesäulen auf 3 Bereiche im Leonberger Stadtgebiet. Weite Teile Leonbergs sind aber noch ganz ohne öffentliche Ladesäulen. Auch in den Teilorten Warmbronn und Gebersheim gibt es momentan nur je 2 Ladesäulen.

Vor allem Schnellladesäulen könnten sowohl im Stadtgebiet in bisher noch gar nicht versorgten Stadtteilen sowie auch in den Teilorten dazu beitragen, die Ladezeiten und damit die Belegung der Ladesäulen zu verringern und so zur Steigerung der Akzeptanz von Elektromobilität bei den Bürgerinnen und Bürgern beitragen.

Finanzielle Auswirkungen:

10.000€ für Planung und Umsetzung mit Fremdanbietern

Sibylle De Mott

Antrag: Einrichtung einer städtischen oder Beitritt zu einer kreisweiten kommunalen Wohnbaugesellschaft zur Schaffung einer nachhaltigen und unabhängigen Wohnbauinfrastruktur

Angesichts der zunehmenden Herausforderungen im Bereich Wohnungsknappheit und steigender Mietpreise in unserer Gemeinde wird es dringend erforderlich, Maßnahmen zu ergreifen, die den Wohnungsbau nachhaltig fördern. Um dem wachsenden Wohnbedarf gerecht zu werden und unabhängig von externen Investoren eigenverantwortlich Wohnbauprojekte umzusetzen, schlagen wir die Gründung einer kommunalen Wohnbaugesellschaft, bzw. den Anschluss an entsprechende Projekte des Landkreises Böblingen vor.

Finanzielle Auswirkungen:

20.000€

Susanne Blaurock

**Antrag: Anfertigung eines Leerstandskataster
a) für (Wohn- und Geschäfts-)Gebäude
b) für Grundstücke
in Zusammenarbeit mit einem externen Büro**

Zu a) Die Wohnungsnot erfordert u.a. diese Maßnahme als Basis für Gespräche mit den Besitzern. Seit 2020 unterstützt z.B. das Land sie im Fall von Vermietung. Leerstand von Geschäftsräumen ist ebenfalls mit allen Mitteln zu vermeiden.

Zu b) Ein Kataster von (evtl. bebaubaren) Grundstücken wird sowohl für den neuen Flächennutzungsplan gebraucht als auch für die mögliche Einführung der Grundsteuer C. Deshalb sind viele Städte (auch kleinere als Leonberg) dabei, Leerstandskataster einzuführen.

Finanzielle Auswirkungen:

50.000€

Gudrun Sach

Antrag: Neuplanung und Umsetzung der Eltinger Straße, Umweltspur vorantreiben

Die Stadt möge die Neuplanung und Umsetzung der Eltinger Straße / Umweltspur vorantreiben. Der Verkehrsversuch zur Umweltspur ergab keine Verschlechterung der Situation in der Eltinger Straße durch den Rückbau auf eine Autospur pro Richtung, sondern eher eine Beruhigung. Dadurch wird Platz geschaffen für Fahrrad, Bus, Fußgänger und evtl. Neupflanzungen.

Diese Planung und Umsetzung ist unbedingt jetzt in Angriff zu nehmen, bevor das Post-Areal fertig ist; denn nur jetzt kann die noch unklare Verkehrssituation entschieden werden, wie z.B. die Radspur Richtung Altstadt hinüber auf die Brücke oder an den Zufahrten Post-Areal vorbeigeführt werden soll.

Finanzielle Auswirkungen:

50.000€

Gudrun Sach

Antrag: Optimierung des Radwegs an der westlichen Römerstraße in Richtung Neuköllner Platz

Die Römerstraße wurde nicht zuletzt aufgrund des hohen Unfallgefahrenpotentials Bestandteil des Radverkehrskonzepts 2013 der Stadt Leonberg. Um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer weiter zu verbessern und einen Umstieg auf das Fahrrad zu erleichtern, soll die Stadt Möglichkeiten zur Entflechtung des Radverkehrs von anderen Verkehrsarten prüfen. Konkret soll die Verlängerung der Radspur in östliche Richtung als durchgängig angelegte Radspur bis zum Neuköllner Platz geprüft werden. Bisher endet die Radspur kurz nach dem Kaufland in Höhe der Hausnummer 36 und fädelt auf den Fußweg ein.

Finanzielle Auswirkungen:

50.000€ Planungskosten

Dr. Daniel Belling

Antrag: Radweg entlang der L 1137 Richtung Ditzingen/Gerlingen endlich fertigstellen

Der Bau des Radwegs und damit der Lückenschluss mit dem bereits vor Jahren errichteten, aus Ditzingen kommenden Radweg ist überfällig! Die Entflechtung des Radverkehrs vom Kraftfahrtverkehr ist dringend notwendig um die Verkehrssicherheit besonders von Radfahrern endlich zu gewährleisten.

Finanzielle Auswirkungen:

0€ (Kosten trägt der Landkreis)

Dr. Daniel Belling

Antrag: Überdachung städtischer Parkplätze mit Photovoltaikpanelen im Umfang von mind. 35 Stellplätzen

Wir beantragen die Überdachung eines Parklatzes, z.B. Sportzentrum Stadtmitte, Rathausparkplatz oder den Parkplatz am Leobad mit Photovoltaikpanelen im Umfang von mind. 35 Stellplätzen.

Mit der Novellierung des Klimaschutzgesetzes von 2013 des Landes Baden-Württemberg zum „Klimaschutz- und Klimaanpassungsgesetz“ im Februar 2023 entspricht das Land den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, wonach „das Staatsziel Umweltschutz im Grundgesetz neben dem Bund auch die Länder zum Klimaschutz verpflichtet und die Klimaschutzziele des Bundes ohne Durchführungsmaßnahmen und eigene Gesetzgebung in den Bundesländern gar nicht zu erreichen sind.“

„Klimaschutz erfordert die Unterstützung und Mitgestaltung aller. Das Gesetz richtet sich daher mit einer allgemeinen Verpflichtung zum Klimaschutz an alle Bürgerinnen und Bürger sowie mit besonderen Regelungen an das Land, die Kommunen und die Wirtschaft.“¹

Ein besonderer Fokus der Maßnahmen liegt in der Überdachung bereits versiegelter Flächen mit Photovoltaik. In Leonberg können dies z.B. der Parkplatz des Sportzentrum Stadtmitte, Rathausparkplatz oder dem Parkplatz am Leobad sein.

Finanzielle Auswirkungen:

100.000€, die restlichen Kosten werden durch Landesförderung gedeckt

Susanne Blaurock

¹ <https://www.landesrecht-bw.de/bsbw/document/jlr-KlimaSchGBW2023rahmen/part/X>